

## Gewerkschaft ruft zum Streik auf – Metaller gehen für mehr Geld auf die Straße



Nach sechs Wochen Tarifverhandlungen gebe es ein erstes, lausiges Angebot der Arbeitgeber: 3000 Euro Inflationsprämie, die für 30 Monate reichen soll. Vorgeschlagen wurde keine konkrete tabellenwirksame prozentuale Erhöhung, teilten Andre Sander und Achim Wenzig, Mitglieder der Tarifkommission, beim »Warnstreik-Light« bei der Firma Renold mit. Zudem wollen die Arbeitgeber auch noch Sonderzahlungen kürzen.

**JULIUSMÜHLE.** Die Warnstreikwelle in der Metall- und Elektroindustrie nimmt Fahrt auf. Seit Ende Oktober haben bundesweit rund 110.000 Beschäftigte in 550 Betrieben die Arbeit niedergelegt, um für die 8-Prozent-Forderung der IG Metall Druck zu machen – und gegen das Verhalten der Arbeitgeber sowie ihr mageres erstes Angebot zu protestieren. In den vergangenen Tagen setzte sich das fort, 150 Mitarbeiter der Früh- und Spätschicht der Firma Renold beteiligten sich am Freitag ebenfalls wie auch zahlreiche weitere Betriebe in der Region. In der Tarifkommission sitzen auch Andre Sander, Bevollmächtigter der IG Metall Süd-Niedersachsen-Harz und Betriebsbetreuer der Firma Renold, sowie Achim Wenzig, IG Metall-Ortsvorstandsmitglied, sie waren empört, wie sich die Arbeitgeberseite verhalte. Es sei ein Witz und eine Dreistigkeit, was in den Zusammenkünften passiere. Geld werde jetzt benötigt und nicht erst im kommenden Jahr, so Sander. Die IG Metall fordere für ihre rund 17.000 Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie eine Lohnerhöhung von acht Prozent für die Laufzeit von zwölf Monaten. Sander und Wenzig drängten zudem auf schnelle staatliche

Hilfen und Maßnahmen wie etwa die Energiepreisbremse, da selbst mit acht Prozent die erwarteten Mehrkosten nicht ausgeglichen werden könnten. Die Arbeitgeber hatten bei Verhandlungen bisher Einmalzahlungen in Höhe von 3.000 Euro – eine steuer- und abgabenfreie Prämie zum Inflationsausgleich – und eine nicht näher bezifferte Lohnerhöhung für eine Laufzeit von 30 Monaten angeboten. Seit dem Ende der Friedenspflicht Ende Oktober ruft die Gewerkschaft zu Warnstreiks auf. Sie werden so lange fortgesetzt, bis die Arbeitgeberseite sich bewege. Notfalls gebe es wieder einen 24-Stunden-Streik wie zuletzt 2018, kündigte Sander an. 2020 und 2021 habe man gute Gespräche mit der Arbeitgeberseite geführt, diese sehe jetzt ganz anders aus, so Wenzig. In bisher drei Tarifrunden wurde kein tragfähiges Angebot präsentiert. Kurz vor Ablauf der Friedenspflicht am 28. Oktober gab es in der dritten Verhandlungsrunde der Vorschlag 3.000 Euro »Inflationsausgleichsprämie« – innerhalb der kommenden drei 30 Monate. Zudem wollen sich die Arbeitgeber noch am Urlaubs- und Weihnachtsgeld »vergreifen«. Hätte die Arbeitnehmerseite zugestimmt, stellten die Arbeitgeber »in Aussicht«, auch über prozentuale Erhöhungen zu verhandeln, die dauerhaft in die

Tariftabellen eingehen könnten. Eine konkrete Prozentzahl nannten sie jedoch nicht – auch keinen voraussichtlichen Zeitpunkt der Erhöhung, so Wenzig. Die Tarifkommissionen der IG Metall lehnten dies ab und beschlossen Warnstreiks. In den Corona-Jahren 2020 und 2021 sicherte die Gewerkschaft vor allem Arbeitsplätze – durch erweiterte Möglichkeiten, um mit teilweisem Lohnausgleich Arbeitszeiten zu verkürzen – bis zu drei Jahre lang. Die Monatsentgelte wurden nicht erhöht und seien seitdem auf dem Stand von 2018. Stattdessen kamen neue jährliche Sonderzahlungen dazu: 2019 das Tarifliche Zusatzgeld (T-ZUG) und 2021 das Transformationsgeld, die beide auch in Zeit umgewandelt und dadurch zur Absenkung von Arbeitszeiten und somit zur Sicherung von Arbeitsplätzen verwendet werden können. Die Arbeitgeberseite habe kein Interesse an einer vernünftigen, friedlichen Lösung und lasse Gewerkschaft und Arbeitnehmer keine Wahl, als sie unter Druck zu setzen. Die Tarifkommissionen der IG Metall beschlossen deshalb Warnstreiks. Sollten die Arbeitgeber ihr Angebot nicht deutlich nachbessern, habe man weitere Eskalationsstufen zur Erhöhung des Drucks in Planung, so Sander, 24-Stunden-Warnstreiks sowie Urabstimmungen oder unbefristete Streiks. **Fotos: Rudloff**